



Niederschrift

54. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. September 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

25.

Punkt 23 der Tagesordnung: Videoüberwachung

23.1: Videoüberwachung von ausgewählten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum

Antrag: CDU

Vorlage: 2018/0499

23.2: Videoüberwachung nach Mannheimer Modell

Antrag: CDU

Vorlage: 2018/0574

Beschluss:

Weiterbehandlung im Fachausschuss

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadtrat Müller (CDU): Selbstverständlich haben wir die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich achtet und beachtet die CDU-Fraktion die Gesetze. In diesem Fall den § 21 Abs. 3 des Polizeigesetzes von Baden-Württemberg, der zu Recht schon sehr hohe Hürden auferlegt hat für die Überwachung mit Videoanlagen im öffentlichen Raum. Das Recht auf Datensicherheit, vielmehr auf Datenschutz, ist auch hier nicht Gegenstand, denn es gibt nebenbei noch das Recht auf Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, das Recht auf Eigentum und ganz besonders auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die neuesten Techniken, die entwickelt wurden, auch mit dem Fraunhofer-Institut, zur Überwachung im Sinne auch des Datenschutzes im öffentlichen Raum, die auch in Mannheim eingesetzt wurden in 71 Kameras, von denen einige schon in Betrieb gegangen sind, sind mittlerweile im Pilotprojekt der Stadt Mannheim auch zu einem Er-

folgsmodell geworden. Weil sich schlichtweg alle Institutionen, die sich damit befassen mussten und befasst haben, als Resultat sehr glücklich damit schätzen.

Aber worauf stützt sich der § 21 und ganz besonders dieser Absatz 3? Er resultiert sich schlussendlich in seiner Anwendung auch aus den Fallzahlen, insbesondere den Fallzahlen der Straßenkriminalität, die zu entnehmen sind aus den polizeilichen Kriminalstatistiken, hier zuletzt aus 2017. Darin nachzulesen ist auch eine Senkung der Straßenkriminalität, aber – das wird dort nicht wiedergespiegelt – ein erheblicher Anstieg der Drogenkriminalität. Die Drogenkriminalität in der PKS von 2017 befindet sich auf einem 10-Jahres-Hoch. Für mich und für die CDU-Fraktion gehört Straßenkriminalität und der größte Teil der Drogenkriminalität untrennbar zueinander. Denn Drogenkriminalität findet vorwiegend auf der Straße statt. Darüber hinaus findet im Bereich der Drogenkriminalität resultierend auch Folgekriminalität statt. Ich habe diese Beschwerden genauso wie Sie alle auch von den Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Wochen erhalten, allen voran aus der Südstadt.

Die Stellungnahme des Polizeipräsidiums Karlsruhe, auf die in der Stellungnahme verwiesen wird, zweifeln wir nicht an. Zur politischen Wertung wäre es allerdings wünschenswert gewesen, die Stellungnahme hätte uns auch vorgelegen. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Angsträume, auf diesbezüglich neuralgische Punkte in unserer Stadt, sind uns ein ernstes, ein sehr wichtiges Anliegen. Die Stadt ist hier auch in der Verantwortung, Maßnahmen zu ergreifen, um das subjektive Sicherheitsgefühl, die Verminderung von Angsträumen auch zu bekämpfen.

Nach alledem halte ich es unter der Beobachtung und Berücksichtigung für weiterhin tragfähig, den Antrag dann im zuständigen Fachausschuss zu beraten.

Stadtrat Marvi (SPD): Herr Müller, wir als SPD-Fraktion haben, wie Sie wissen, kein ideologisches Problem mit der Forderung nach einer zielgerichteten und sinnergebenden Videoüberwachung im öffentlichen Raum, die präventiv wirkt und unterstützt bei einer verbesserten Strafaufklärung. Sicherlich ist es kein Allheilmittel, aber ein unterstützendes Instrument in begrenztem Maße. So hat die Videoüberwachung im Bereich der Straßenbahn durchaus Ergebnisse hervorgebracht und zu einer Reduzierung von Sachbeschädigung beitragen können.

Ihr Antrag zur Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Straßen ist sozusagen ein Klassiker, ein Evergreen der Karlsruher CDU-Anträge hier im Gemeinderat, alle Jahre wieder. Jetzt sogar unterfüttert mit einer Videoüberwachung 2.0, Hightech. Der Antrag ändert jedoch anscheinend nichts daran, dass sich die rechtlichen Voraussetzungen und die Gegebenheiten in Karlsruhe nicht verändert haben. Interessanterweise werden wir zwei Tagesordnungspunkte weiter der rechtlichen Position der Verwaltung nicht folgen. Aber wir folgen der Stellungnahme der Verwaltung an dieser Stelle, auch mangels anderer Erkenntnisse.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Die Kriminalität in Karlsruhe sinkt. Die Kriminalität an den Kriminalitätshotspots sinkt auch. Da ist es schon noch ein bisschen lustig, dass die CDU zur Bekämpfung der Kriminalität illegale Kameraüberwachung fordert. Auch lustig, nachdem Sie bitten, die rechtlichen Möglichkeiten zur Aufstellung von Kameras zu prüfen, stellen Sie, bevor Sie die Antwort haben, noch einmal einen Antrag, Kameras aufzustellen, aber

diesmal digital unterstützt. Die Straßenkriminalität geht zurück. Das freut uns. An der Stelle sagen wir, okay, wir schießen nicht mit Kanonen auf Spatzen, wir warten erst einmal ab.

Tatsächlich ist es so, dass es wenig Sinn macht, mit Kameras, die man aufhängt, DVDs zu erzeugen, auf dem Bildmaterial von Straftätern ist. Wenn es um Strafvereitelung geht, da stimme ich der CDU zu, ist es sinnig, dass da jemand sitzt und reagiert, dass jemand einen Streifenwagen vorbeischickt. Insofern macht das Mannheimer Modell auch Sinn. Nun ist das Innenministerium in Baden-Württemberg CDU-geführt und hat den Modellversuch in Mannheim gestartet. Daraus geht dann auch hervor – ich denke, Sie als CDU-Mitglieder sollten das wissen –, dass erst einmal in Mannheim evaluiert wird und dann geschaut wird, wie man eine Rechtsgrundlage für andere Städte in Baden-Württemberg schafft, wie man das Mannheimer Modell dann umsetzt. An der Stelle bitte ich einfach abzuwarten, zu schauen, kann man daraus etwas ziehen. Was ich auf keinen Fall will und was wir als GRÜNE auch ablehnen, ist, Videos zu produzieren, auf denen man sieht, wie Straftaten begangen werden, ohne sie aber verhindern zu können.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Mit ihrem ersten Antrag hat die CDU beantragt, dass die Stadt die gesetzlichen Möglichkeiten zur Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und Straßen prüft und darüber dem Gemeinderat berichtet. Mit der Stellungnahme der Verwaltung hat die Stadt dies getan und ist dem Antrag im Prinzip voll und ganz gerecht geworden, womit man den Antrag eigentlich schon als erledigt erklären könnte. Die Stadt hat zusammen mit dem Polizeipräsidium Karlsruhe geprüft und kommt auch zu einem ganz klaren Ergebnis, was die rechtlichen Regelungen derzeit vorsehen und was davon in Karlsruhe anwendbar ist, nämlich nichts. Von daher sollten wir eigentlich mit diesem Ergebnis hochzufrieden sein, dass es hier in Karlsruhe eine so niedrige Kriminalitätsrate gibt, dass bei uns keine Kameraüberwachung notwendig ist. Wir haben nicht nur eine niedrige Kriminalitätsrate, sondern wir wissen auch von den letzten Jahren, dass unsere Kriminalitätsrate weiter sinkt, gerade auch bei der Straßenkriminalität.

Der CDU ist sicher diese Entwicklung auch bekannt. Von daher kann ich nicht ganz verstehen, warum gerade jetzt diese Anträge kommen. Wir haben gerade eine positive Sicherheitsentwicklung. Warum man dann mit neuen Überwachungsmaßnahmen noch tiefer in den öffentlichen Raum eingreifen muss, kann ich nicht ganz nachvollziehen. Wir lehnen das ab. Es gibt in Karlsruhe auch keine herausragenden außerordentlichen Kriminalitätshotspots, bei denen das gewährleistet wird. Es sind Durchschnittswerte niedriger Kriminalität, aber dann zwei, drei Hotspots, wo es außergewöhnlich ist. Natürlich ist es nicht überall gleich. Aber es ist nirgendwo so viel Kriminalität, dass es gerechtfertigt wäre, dort ständig mit einer Kamera zu überwachen.

Von der Überwachung sind bei dem niedrigen Niveau vor allem unbescholtene Bürgerinnen und Bürger betroffen. Es besteht keine Veranlassung, freie Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag ständig zu überwachen. Wir wollen auch nicht, dass so etwas zu neuem Standard wird und die Leute sich bald daran gewöhnen müssen, dass sie immer und überall im öffentlichen Raum überwacht werden könnten. Denn das schränkt die Freiheit ein. Das sorgt dafür, dass man dann einmal nicht den Spaß mit seinen Kumpels macht, dass man nicht herumtollt oder herumwitzelt, sondern dass man immer denkt: ich könnte gerade überwacht werden, ich mache mal lieber nichts und habe keinen Spaß, sondern verhalte mich möglichst unauffällig.

Zur gefühlten Kriminalität möchte ich noch sagen: Ich habe mich noch nie durch die Anwesenheit einer Kamera besonders sicher gefühlt. Fragen Sie bei BadenTV, die wissen das. Ansonsten habe ich aber auch den Eindruck, dass es vielen Bürgerinnen und Bürgern bei Kameras nicht so geht, dass sie denken: Da ist eine Kamera, hier bin ich sicher. Die denken eher: Ich wäre froh, da wäre keine Kamera, jemand könnte mich überwachen, alles, was ich mache, wird aufgenommen. Das erzeugt eher ein mulmiges Überwachungsgefühl. Ich glaube nicht, dass wir momentan irgendeinen Anlass haben, unsere Bürgerinnen und Bürger dem ständig auszusetzen.

Stadtrat Hock (FDP): Sensibles Thema, was die CDU-Fraktion hier in ihren Anträgen geschrieben hat. Der Kollege hat gerade gefragt, wieso die CDU diesen Antrag stellt. Ja, wieso stellt die CDU diesen Antrag? Es ist klar, wir sind vor einer Kommunalwahl. Wir haben ein wichtiges Thema zu bearbeiten hier. Ich sage heute schon voraus, dass das Thema eines der wichtigsten Themen im nächsten dreiviertel Jahr für uns alle sein wird. Aber: Dann muss man als Partei der Rechtsstaatlichkeit, die FDP ist das, ganz ehrlich sagen, die Grundlagen für eine Videoüberwachung - § 21 Abs. 3 – sind, wenn die Kriminalitätsbelastung dieser Örtlichkeiten nicht exorbitant gestiegen sind ...

(Zurufe)

- Es gibt eine rechtliche Vorgabe. Der Kollege weiß das.

... nicht gegeben. Die Vorgaben sind nicht gegeben. Aber eines, liebe Kollegen von der CDU: diese Hürde hätten Sie schon längst nehmen können, für mehr Sicherheit auf unseren Karlsruher Straßen zu sorgen, wären Sie dem Antrag verschiedenster Politikerinnen und Politiker hier im Haus gefolgt, den KOD aufzustocken. Das haben Sie verweigert. Wären Sie bei diesem Antrag mitgegangen, hätten Sie mit Sicherheit aus der Bevölkerung Applaus geerntet, weil das sinnvoll gewesen wäre, die KOD-Leute aufzustocken, damit man das auch in die Abendstunden und in die Nachtstunden hineinziehen kann. Aber Sie werden auch im Laufe der Haushaltsberatungen noch einmal die Chance haben, über dies ordentlich und sinnvoll zu diskutieren und hoffentlich den Antrag, den wir zu diesem Punkt noch einmal bringen - - -

(Zurufe)

- Genau! Da stehe ich zu 100 % dazu, dass die FDP am Anfang nicht positiv war. Ich habe hier im Haus gesagt, wenn man einen Fehler macht, dann muss man das eingestehen. Wenn man das eingesteht, dann kann man auch zurück und sagen, okay, wir unterstützen und sehen das auch. Wir sehen das auch, was sukzessiv hier in Karlsruhe passiert, wo die Leute Probleme haben. Ich kann das völlig nachvollziehen. Da sind wir auch d'accord mit Ihnen, Herr Kollege. Aber bitte, gehen Sie dann auch einmal in Ihrer Fraktion intern ins Eingemachte und unterstützen Sie die Forderung, den KOD aufzustocken. Denn dann werden Sie draußen bei der Bevölkerung auch dieses Sicherheitsgefühl wieder mehr auf die Straße bekommen.

Das ist ein Punkt, den ich auf jeden Fall so bei den Haushaltsberatungen bringen werde. Dann kann man sehen, was die CDU zu diesem Punkt macht. Aber, was auch ganz interessant ist, die beiden Kollegen aus der Zählgemeinschaft Schmitt und Wenzel haben schon einmal Videoüberwachung für den Bahnhof gefordert. Da hat die CDU mit ihrem Sprecher,

der heute nicht da ist, gesagt: nein, das ist dummes Zeug, das brauchen wir doch nicht. Aber jetzt auf einmal ist die Videoüberwachung in aller Munde. Man muss schon aufpassen, was man beantragt und was man dann selber dazu sagt, wenn es andere tun. Aber nichtsdestotrotz, die Diskussion ist meines Erachtens nicht diskussionsfähig, weil es rechtlich nicht zulässig ist. Deshalb lehnen wir als FDP-Fraktion dieses ab, aber wünschen uns, dass die CDU-Fraktion das nächste Mal, wenn es um den KOD geht, den Sprung mitmacht.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zunächst will ich Herrn Hock beipflichten. Wir haben auch immer für mehr KOD gekämpft. Dieses Anliegen wurde zuerst ins Lächerliche gezogen, um es zu verhindern. Dann wurden andere Dinge angeführt. Aber das Problem bleibt. Die Bürger in unserer Stadt fühlen sich nicht mehr so sicher wie früher. Ihnen zu erzählen, sie hätten Unrecht, ist unlauter. Denn wenn man die Situation vergleicht mit der, wie sie vielleicht vor fünf oder zehn Jahren war, haben wir wirklich mehr Kriminalität. Nur weil sie jetzt vom vorletzten Jahr aufs letzte Jahr um 10 % zurückgegangen ist, heißt das nicht, dass wir wieder die Situation haben wie vor zehn Jahren, als die Leute sich sicher gefühlt haben. Wenn Sie sich einmal in Ihrem persönlichen Umfeld umhören, dann werden Sie von vielen hören, dass sie ihr Verhalten geändert haben, dass sie sich nicht mehr trauen, abends mit dem Fahrrad einen bestimmten Weg entlangzufahren. So wie beispielsweise meine Frau, die sich nicht mehr traut, abends die Pulverhausstraße entlangzufahren. Das sind Dinge, die sind begründet, weil es dort Vorfälle gegeben hat. Da ist es den Menschen egal, dass die Wahrscheinlichkeit gering ist. Denn sie ist da, und wenn sie einen persönlich betrifft, dann ist es eine schlimme Sache. Wer will so etwas auf sich nehmen?

Deswegen ist dieser Antrag richtig, denn er beschäftigt sich mit einem Bedürfnis unserer Bürger, dem wir gerecht werden müssen, nämlich dem Bedürfnis nach Sicherheit. Die Bürger wollen sich in dieser Stadt wieder sicher fühlen. Egal, wie die gesetzlichen Randbedingungen sind, wir wissen alle, wenn eine Kameraüberwachung wäre, dass dann ein höheres Maß an Sicherheit gegeben wäre. Einfach, weil dann nicht mehr so viele Vorfälle dort stattfinden. Deswegen, auch wenn die rechtliche Situation so ist, wir müssen uns als Gemeinderat dieser Situation stellen. Wir müssen uns auch mit der Statistik auseinandersetzen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, was uns unsere Polizei erzählt, und das auch hinterfragen. Es darf auch nicht mehr sein, dass von Seiten der Polizei bestimmte Anzeichen zurückgewiesen werden, weil es in der Statistik schlecht aussieht, wie mir von einigen Leuten berichtet wurde. Wir müssen einfach offen mit der Kriminalitätssituation in unserer Stadt umgehen. Mit den Zahlen, die sich daraus ergeben, können wir dann Gegenmaßnahmen gut begründen. Wir können nicht weiterhin so tun, als würden sich alle Menschen in unserer Stadt sicher fühlen. Denn so ist es nicht. Deswegen ist der Antrag an sich gut. Auch wenn er rechtlich nicht umsetzbar ist. Wir müssen an diesem Thema dran bleiben und dafür sorgen, dass wir irgendwelche Maßnahmen finden, die rechtlich akzeptabel sind und die den Bürgern helfen, sich in unserer Stadt wieder sicher zu fühlen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Es ist in der Tat ein sehr sensibles und sehr kitzliges Thema. Videoüberwachung ist kein Allheilmittel. Aber die Frage stellt sich, wo könnte es ein Mittel sein: Werderplatz, Europaplatz, Hauptbahnhof. Wir haben noch nicht alle Maßnahmen für den Werderplatz eruiert und alles durchgesetzt. Aber wir merken, wir bekommen den Platz nicht so einfach unter Kontrolle. Ich stelle an der Stelle auch fest, dass damals die Verwaltung nicht erkannt hat, welche Situation geherrscht hat. Deswegen bin ich nicht so ganz überzeugt, wenn ich höre, Karlsruhe ist so clean, dass wir eigentlich zu wenig Kriminalität hätten, um das zu rechtfertigen.

Denken wir einmal an den Europaplatz. Das ist ein schwieriger Platz. Das könnte ein Mittel sein, genau hier sehr punktgenau, sehr zielgenau zu untersuchen. Kriminalität wird immer dann festgestellt, wenn es zur Anzeige kommt. Wenn die Leute sich zum Teil gar nicht melden, dann wird es natürlich auch nicht in der Statistik erfasst. Deswegen reicht die Kriminalität dort auch nicht aus, um irgendetwas zu unternehmen. Deswegen meine Frage: Ist es tatsächlich real, dass Karlsruhe so eine ehrlich, schöne, wenig kriminelle Stadt ist? An der Stelle würde ich dann einmal nachfragen, stimmt das wirklich.

Sehr gezielt, sehr punktuell das Mittel einsetzen, prüfen, bringt es wirklich etwas. Videoüberwachung verhindert keine Kriminalität. Sie verdrängt sie an andere Orte. Aber Sie könnten an diesem Ort, wo wir es als problematisch empfinden, verhindern, dass es sich weiter ausbreitete, dass es dort zuhause ist. Das als Mittel einzusetzen, finde ich durchaus berechtigt, durchaus nachdenkenswert, dass man das prüft. Da würde ich die Stadtverwaltung noch einmal ermutigen, schauen Sie noch einmal genau nach. Wie gesagt, der Werderplatz hat mich damals doch zum Nachdenken gebracht, dass Sie auch nicht alles wissen. Insofern würde ich dem Antrag zunächst einmal wohlwollend gegenüberstehen und sagen, wir müssen es prüfen und überlegen, an welcher Stelle wir es gezielt, als Modell, als Prüfungsort einsetzen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Dass natürlich immer zu den Wahlen die CDU mit dem gleichen Thema kommt, hat der Kollege Hock schon richtig gesagt. Das kennen wir schon.

Ich möchte aber trotzdem einmal darauf hinweisen: es geht primär nicht um Sicherheitsgefühle, sondern um Sicherheit. Wenn man Sicherheit schaffen will, dann brauchen wir lebendige Innenstädte, lebendige Plätze. Dort, wo Menschen sind, sind die Menschen auch sicher. Ich sehe hier primär eine Aufgabe der Stadtplanung und der Entwicklung der Stadt, dass wir lebendige Innenstädte haben und nicht anfangen, mit Kameras die Lebendigkeit zu ersetzen. Lassen Sie uns einfach die Stadt anders entwickeln.

Zur CDU muss ich auch sagen, Ihr Freund, der Herr Seehofer, hat schon viele Sätze los gelassen. Die CDU stürzt trotzdem ab. Machen Sie nicht das Geschäft der AfD. Versuchen Sie, gemeinsam mit den anderen Fraktionen hier in der Städteplanung Vorschläge zu machen, damit unsere Stadt lebenswert ist, lebendig ist. Sie vollzustopfen mit Kameras ist keine Lösung.

Stadtrat Wenzel (FW): Ein Thema, das immer, wenn es auf der Tagesordnung ist, zeigt, wie die politische Grundausrichtung der Fraktionen und der Gruppierungen hier ist. Der erste Antrag der CDU ist so verstanden: Prüfen Sie bitte, welche rechtlichen Möglichkeiten wir haben. Die Antwort ist klar. Die rechtlichen Möglichkeiten sind sehr schwierig. Der zweite Antrag der CDU ist interessanter. Der geht auf ein Modellprojekt in Mannheim ein, das, wenn man nachliest und recherchiert, doch gewisse Erfolge hat. Als wir, Herr Stadtrat Schmitt und ich, das Thema Sicherheit – das hat auch mein Kollege Hock gesagt – beim Hauptbahnhof erfragt haben, hatten wir überraschenderweise von der CDU eine andere Reaktion bekommen, obwohl die Antwort damals deutlich war. Die Videoüberwachung am Hauptbahnhof wird irgendwann einmal kommen, denn Karlsruhe wurde als einen der 20 Hotspot-Hauptbahnhöfen in Deutschland erkannt. Es ist Handlungsbedarf notwendig.

Dass natürlich dann auch Handlungsbedarf notwendig ist am Bahnhofsvorplatz, das hat die CDU erkannt. Der Europaplatz, das hat Herr Fostiropoulos erkannt, ist mit seinen Buden und seiner Jahrmarktstimmung permanent ein Bereich, an dem man sich in den Abendstunden nicht wohl fühlt. Karlsruhe, Herr Konrad, ist an vielen Stellen eine wirklich sichere Stadt: Hohenwettersbach, Wolfartsweier - schauen Sie sich die Statistik an -, Neureut, vor allem auch Durlach, das haben wir auch vor kurzem gehört, sind wirklich sehr sichere Stadtteile. Wenn wir aber auf die Statistiken und die Fallzahlen schauen, die wir bekommen haben, sehen wir, es gibt ein Problem der Straßenkriminalität in der Karlsruher Innenstadt Ost und West. Ich gebe zu, mit einer Videoüberwachung würde man nichts verhindern können. Es würde nur in den Köpfen der Bürger sein: hoppla, ich könnte bei einer Straftat, Herr Konrad, gefilmt werden, wenn das zulässig wäre - das wäre es beim zweiten Antrag nicht -, und ich könnte überführt werden. In Städten wie London mit 23.000 Videoeinrichtungen und New York, ist es allgegenwärtig. Die Bürger und Besucher wissen das. Sie werden gefilmt. Keiner ist dadurch gehemmt. Das ist einfach so. Wir müssen mit den Veränderungen leben. Wir müssen auch die Veränderung verinnerlichen. Aufklärungsrate, das haben wir hier gehört im Beitrag, im ÖPNV sind hoch. Wir haben auch gesehen, dort wo überwacht wird, geht die Sachbeschädigung zurück.

Aber Videoüberwachung ist nicht alles. Da ist das Thema KOD. Da muss ich auch die SPD in Schutz nehmen, sie war gemeinsam mit der CDU und den Freien Wählern die drei Gruppierungen, die sich dafür stark gemacht haben, dass einmal der Startschuss gemacht wird. Wir werden – das hat der Kollege Kalmbach gesagt – den KOD mit den Maßnahmen am Werderplatz und allen anderen weiter benötigen. Dass das Thema Sicherheit vor Wahlen natürlich wichtig und relevant ist, ist klar. Aber ich kaufe der CDU ab, dass sie es ernst meint. Denn so lange ich im Gemeinderat bin, war für die CDU das Thema Sicherheit und auch in den Gesprächen, die wir geführt haben, immer ein wichtiges Thema. Es ist auch legitim, dass Sie dieses Thema aufgreifen. Deshalb die Unterstützung dazu. Wir dürfen nichts beschönigen. Das Thema Drogenkriminalität, bei dem Herr Müller von Berufswegen ein Fachmann ist, ist tagtäglich zu beobachten, in allen Bereichen. Ich denke, wir sollten auch den Mut haben, wenn das Projekt in Mannheim abgeschlossen ist, als Stadt den Antrag zu stellen, das in einem kurzen Bereich, ob es jetzt der Europaplatz ist oder der Bahnhofsvorplatz, zu testen. Ich denke, niemand würde da seiner Freiheit beraubt. Datenschutz: fast jedes 10. Auto hat eine Dashcam, fast jeder Bürger hat 2 ½ Handy statistisch. Es wird geknipst, fotografiert. Unsere Daten, unsere Gesichter sind per Googleerkennung erkennbar. Wenn mir heute noch einer sagt, er möchte sein Gesicht unbedingt schützen, dann glaube ich das nicht. Die Datenschutzverordnung hat es auch nicht einfacher gemacht. Deshalb: Sympathie und Zustimmung für den Antrag der CDU.

Der Vorsitzende: Bevor wir in die zweite Runde gehen, möchte ich noch einmal eines klar stellen: Sie haben uns nach den rechtlichen Grundlagen gefragt, ob das möglich ist. Wir haben eine ganz klare Aussage der Polizei, dass es hier nicht möglich ist. Daran ändert auch das Mannheimer Modell nichts. Denn die rechtlichen Voraussetzungen für das Mannheimer Modell sind dieselben Voraussetzungen für herkömmliche Videokameras. Es ist nur eine andere Form. Man kann mehr Kameras aufhängen, weil einem sozusagen ein Algorithmus die Erstausswertung abnimmt. Aber das ist auch alles. Ansonsten sind die Voraussetzungen dieselben. Deswegen geht es hier sicher auch um Grundhaltungen. Zunächst geht es aber darum, können wir das machen oder nicht. Ich habe Sie, Herr Müller, jetzt so verstanden, dass Sie gesagt haben, Sie würden gern das Thema Drogenkriminalität noch einmal hinterfragen und deswegen im Fachausschuss noch einmal klären, ob das

nicht auch eine Voraussetzung sein könnte, weil wir darauf in unserer Antwort nicht gezielt eingehen. So habe ich das verstanden. Da würde ich es jetzt auch gerne verweisen. Alles andere kann man dann in dem Zusammenhang noch klären. Dass wir uns beim Europaplatz, wenn der als zunehmend unsicherer empfunden wird – egal, was die Statistik sagt -, vielleicht dann etwas anderes überlegen müssen, das ist unbestritten bei allen.

Jetzt gehe ich in die zweite Runde.

Stadtrat Müller (CDU): Nach der ersten Runde und den teilweise recht emotionalen Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen, möchte ich auf zwei, drei Wortmeldungen dann doch etwas näher eingehen.

Herr Kollege Konrad, wenn Sie der Auffassung sind, der § 21 Abs. 3 des Polizeigesetzes sei allein für Mannheim geschaffen, dann ist das schlichtweg falsch. Aber ich verzeihe Ihnen hier an dieser Stelle Ihre Rechtsunsicherheit. Darüber hinaus ist eine Drogenkriminalität mit all ihren Facetten, mit all ihren Auswirkungen für die Betroffenen als auch für den öffentlichen Raum und der Belastung der Bürgerinnen und Bürger beileibe keine Spatzenkriminalität. Ich weiß nicht, wo Sie leben. Aber offensichtlich nicht in der Realität an dieser Stelle.

Dem Kollegen Wohlfeil an dieser Stelle vielleicht die Empfehlung, zukünftig nicht mehr in Straßenbahnen einzusteigen. Denn dort werden Sie dauerhaft beobachtet. Genau das Modell, was in Mannheim angewandt wird, macht das eben nicht. Es sind intelligente Kameralösungen, die nur dann ein Bild klar zeichnen, wenn bestimmte Bewegungsparameter auffällig werden. Von daher würde ich Ihnen empfehlen, sich diesbezüglich in Mannheim technisch sachkundig zu machen.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich möchte an sich das, was Sie, Herr Oberbürgermeister, am Ende der ersten Runde gesagt haben, unterstützen. Ich interpretiere es so: Im Grunde diskutieren wir hier um des Kaisers Bart. Wir diskutieren um eine Sache, die nicht geht.

Aber ich habe eine konkrete Frage an Sie, Herr Müller. Würden Sie sagen, wenn am Werderplatz am Indianerbrunnen eine, zwei, drei, zehn Kameras stehen würden, dass das die Situation dort positiv verändern würde? Da sage ich Ihnen, nein. Das würde es nicht. Es ist mittlerweile unerträglich, was dort passiert. Das interessiert die Leute draußen, nicht ob irgendwo irgendwelche Kameras sind und man das Gefühl hat, jetzt bin ich sicherer. Gehen Sie einmal hin, wie es am Werderplatz aussieht. Ich war vor zwei Tagen das letzte Mal dort. Da sind wir wirklich gefragt, Herr Oberbürgermeister. Da wird auch bei dem, was wir bisher angeleiert haben und jetzt hoffen, dass es irgendwie geht, nichts passieren. Der KOD fährt ein, zwei Mal über den Platz, schaut und fährt wieder weg. Die Landespolizei an sich muss nach Meinung der KULT-Fraktion aufgestockt werden. Das ist Landesaufgabe und keine Aufgabe der Kommune. Das haben wir nie verstanden, dass wir kommunale Gelder ausgeben für eine Landesaufgabe. Aber das ist noch einmal ein anderer Punkt.

Aber auch die sagen ganz offen in Bürgerbeteiligungstreffen, sie können – auch wenn sie gerufen werden – die Situation dort vor Ort nicht befrieden, nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die Ängste haben, das irgendwie lösen. Das muss man sich überlegen. Da kann ich noch so viele Kameras aufstellen. Stellen Sie doch erst einmal sogenannte tote Kameras auf. Früher haben wir in der Stadt auch viele „Starenkästen“ an den Schnellstraßen aufgestellt, bei denen gar keine Kamera drin war. Dann haben wir auch den Effekt

gehabt, dass die Leute vom Gaspedal sind. Vielleicht kann man das machen und meinen, das bringt etwas. Es bringt nichts. Wir müssen uns kümmern. Es wird nächste Woche wieder ein Bürgertreffen in der Südstadt stattfinden. Da würde ich von jeder Fraktion zumindest einmal eine Person einladen sich anzuhören, was die Gewerbetreibenden vor Ort erleben. Ich nenne jetzt auch die Gaststätte, die ist bekannt, der „Wolf“. Was der Wirt vom „Wolf“ dort erleben muss, was man ihm zumutet von Seiten der Verwaltung immer wieder und wie er dort mit umgehen muss, dass tagsüber sein Biergarten besetzt wird von allen, die vor Ort sind. Auch weil man jetzt wegen einem Bauzaun am Brunnen wegen dem Toilettenumbau die Treppen nicht nutzen kann. Das müssen Sie sich einmal anschauen. Dann diskutiere ich nicht über irgendwelche Kameras, wo klar ist, die sind rechtlich nicht möglich, die meiner Ansicht nach auch nichts bringen. Wir müssen dort hin und müssen wirklich schauen. Natürlich KOD, kein Problem. Die Polizei muss hin. Aber wir müssen auch den Sozialarbeiterbereich, die Streetworker, die gute Arbeit geleistet haben über viele Jahrzehnte, stärken. Da müssen wir hinschauen. Das wünsche ich mir, wenn der Tagesordnungspunkt erledigt ist, wenn die Sitzung heute fertig ist, man nicht sagt: wir haben wieder eine schöne akademische Diskussion gehabt über Kameras. Die Bürger draußen werden schon damit einverstanden sein. Am Werderplatz sind sie es nicht.

Der Vorsitzende: Ich glaube, wir wissen alle, dass am Werderplatz die Bürger noch nicht zufrieden sind. Aber ich glaube, es gibt wahrscheinlich keinen Gemeinderat, der so viel im letzten halben Jahr beschlossen hat, um die Situation am Werderplatz zu verbessern, als Sie das jetzt gemacht haben. Wir muten dem „Wolf“ nicht irgendetwas zu, sondern wir haben offensichtlich nicht ausreichende rechtliche Handhabe. Das kann sich aus meiner Sicht durch das Alkoholverbot zumindest partiell verbessern. Das versuchen wir so weit vorzubereiten, dass wir es dann auch rechtssicher hier, nachdem Sie es beschlossen haben, durchsetzen können. Aber mehr fällt uns dann an dieser Stelle auch nicht ein; die Sozialarbeit haben wir aufgestockt, diese Trinkergeschichte läuft, für den Drogenkonsumraum suchen wir noch Räume. Auch das Land muss jetzt noch abschließend zu einer Stellungnahme kommen. Von daher, bei aller Frustration, die es vor Ort gibt, und sicherlich sich zum Teil auch verschlechternden Situationen, glaube ich aber, dass wir so weit miteinander einig sein sollten, dass wir hier wirklich alles versucht haben, was man sich im Moment vorstellen kann.

Nachdem wir das so geklärt haben, nehmen wir das noch einmal in den entsprechenden Fachausschuss und würden bei der Polizei wegen dem Thema Drogenkriminalität noch einmal nachfragen, sofern es in der Antwort nicht drin steht. Aber nach meiner Erinnerung steht es nicht drin. Insofern fragen wir noch einmal nach. Dann diskutieren wir das im Fachausschuss noch einmal.

Dann unterbreche ich die Sitzung für eine halbe Stunde. Wir sehen uns hier kurz nach 19:00 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:33 – 19:05 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. Oktober 2018